

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danzig, Pienig mit „Volk und Zeit“ 20 Pienig

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 15

Montag, den 19. Januar 1925

16. Jahrgang

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,60 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 8-geleit. Zeile 0,30 Gulden, Mehrzeile 1,50 Gulden, in Deutschland 0,80 und 1,50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tarif.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6 Postfachkonto: Danzig 2945 Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen, Annahme, Zeitungsbestellung und Drucksachen 3290

Deutschland in der Welt wieder isoliert.

Eine Folge des Rechtskabinetts Luther.

Ueber die außenpolitische Auswirkung der Regierung Luther schreibt der Vorwärts:

Die deutsche Sozialdemokratie hat seit Jahr und Tag vor der Bildung einer Rechtsblockregierung besonders aus nationalen Gründen einredinglich gemahnt. Ihre Mahnungen haben kein Gehör gefunden. Die Aufnahme des Ministeriums Luther in der Presse des Auslandes bedeutet die erste Bestätigung der Richtigkeit ihrer Warnungen. Und zwar ist es nicht allein die Presse in den Hauptstädten der alliierten Länder, die ihre offene Feindseligkeit gegenüber dem Rechtsblock zum Ausdruck bringt, sondern auch die neutralen Blätter reden übereinstimmend dieselbe Sprache der Ablehnung und des Mißtrauens. Deutschland steht seit gestern wieder völlig isoliert in der Welt da.

Wir haben um so weniger Anlaß, uns darüber zu freuen, daß wir mit unseren Voraussagen recht behalten haben, als es ja das deutsche Volk ist — und wie immer in solchen Fällen in erster Linie die Arbeiterklasse —, das die Sache einer verkehrten Politik zu bezahlen hat. Es gehört auch keine große Prophetengabe dazu, um außerdem schon jetzt zu wissen, daß diese elamütige Feindseligkeit der Weltmeinung, die sich in den ersten Pressestimmen widerspiegelt, nur einen Anfang, ein Vorpiel zu viel Gefährlicherem bedeutet. Deutschland hat die bodenlose Torheit des Bürgerblock-Experimentes in einem Augenblick begangen, in dem die wichtigsten und heikelsten Probleme der deutschen Außenpolitik einer Lösung harren. Eine bezweifelnde Lösung konnten diese Fragen nur finden, wenn diejenigen Mächte, die nun einmal die stärksten sind, ein Mindestmaß von Vertrauen in die deutsche Politik anbringen könnten. Statt dessen werden sie übereinstimmend ein Höchstmaß von Mißtrauen gegen alle Worte und Taten der Regierung Luther-Stresemann-Schiele zeigen.

Mag Luther in seiner Erklärung noch so heilig beteuern, daß er die Außenpolitik seines Vorgängers fortsetzen werde — es wird ihm im Ausland kein Mensch das glauben, weil er sich jetzt auf die Deutschnationalen und auf die Deutsche Volkspartei stützt, und weil alle republikanischen Elemente des deutschen Volkes in Opposition zu ihm stehen. Und vor allem: heute regiert in Frankreich nicht mehr Poincaré, sondern Herriot. Das Vertrauen und die Sympathie der gesamten Weltmeinung werden um so härter für Herriot und die französische Demokratie sein, je größer die Abneigung und das Mißtrauen gegen Luther-Stresemann-Schiele und gegen die deutsche Reaktion sind.

Wir haben seit Monaten all das gewünscht und vorausgesehen: wir lehnen infolgedessen schon jetzt jede Verantwortung für das, was sich außenpolitisch entwickeln wird, auf das entscheidende ab und machen dafür vor dem deutschen Volk und vor der Welt die Männer des neuen Bürgerblockverses verantwortlich. Dem Auslande gegenüber sagen wir: diese Regierung ist eine Verfälschung des deutschen Wahlergebnisses, diese Regierung ist nicht Deutschland, sie ist nicht das deutsche Volk, das in seiner großen Mehrheit keine größere Sehnsucht hat als Versöhnung und Frieden.

Zugleich ermahnen wir aber das Ausland, nicht zu vergessen, daß die Regierung Luther höchstwahrscheinlich nur ein sehr vorübergehendes Experiment sein wird, besonders dann, wenn man den Fehler vermeidet, das deutsche Volk für die Dummheiten seiner Bürgerblockmänner büßen zu lassen.

„Vaterland“, das Zentralorgan der schweizer Katholiken, schreibt über das Luther-Kabinett, daß man die Entlassung von Marx zu Stresemann unumgänglich begründen könne: Marx war gewiß kein Reichskanzler von überragenden Qualitäten, aber dafür ein Mann allgemeinen Vertrauens nach innen und außen. Stresemann ist dieser Mann des Vertrauens nicht, im Gegenteil, von Mißtrauen umgeben, zum großen Teil innen und noch mehr außen. Das Kabinett Luther-Stresemann eröffnet für Deutschland die Aussicht auf scharfe innenpolitische Kämpfe und neue Verfinsternung des außenpolitischen Horizonts.

Luthers neue These.

Der neue Reichskanzler hat sich am Sonnabend den Vertretern der Berliner Presse mit einer kurzen, gemessenen Erklärung über die von ihm beabsichtigte Politik vorgetan. Er will in der Hauptsache „alle staatsbedingenden Kräfte des Volkes zu positiver Mitarbeit im Interesse des Vaterlandes heranziehen“. Herr Luther scheint vergessen zu haben, daß in seiner Regierung auch Vertreter der Deutschnationalen Partei sitzen. Diese Partei hat im Reichstag wiederholt durch ihre Führer und insbesondere durch Graf Helldorf erklärt, daß sie, wo es auch immer sei, gegen die Sozialdemokratie regieren werde und Deutschland nur wieder genesen kann, wenn diesem Grundfals Folge geleistet wird. Entweder haben die Deutschnationalen jetzt auch diesen Grundfals aufgegeben oder Herr Dr. Luther hat wieder einmal eine These verfochten, die nur in der Theorie besteht und niemals verwirklicht wird.

Herr Dr. Luther hat aber noch mehr erklärt. Er widerrief vor allen Dingen die „Gerichte“ von angeblichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung. Im Gegensatz hierzu erklärt die „Kreuzzeitung“, die sich bereits eifrig als Regierungsorgan fühlt, am Sonnabendabend folgendes:

Es lohnt nicht, auf die einzelnen Vermutungen einzugehen. Jedenfalls kann versichert werden, daß schwer-

wiegende Differenzen weder außen- noch innenpolitischer Art innerhalb des eben gebildeten Kabinetts bestehen und wenn insbesondere die Aufwertungsfrage von der Linken in die Debatte geworfen wird, so glauben wir, auch darüber unterrichtet zu sein, daß sich auf diesem Gebiete zwischen Dr. Luther und den Deutschnationalen ein Weg finden lassen wird oder bereits gefunden ist.

Die Schutzwache der Republik.

Der Ausschuss des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Das Münchener Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold konnte am Sonntag den Bundesvorsitzenden Höring in seiner Mitte begrüßen. Der historische Saal des Bürgerbräuellers war vollständig in schwarz-rot-gold ausgeschmückt. Kein Platz in dem weiten Raum war von den Reichsbannerleuten unbelegt geblieben. Höring wurde mit kühnem Beifall empfangen. In seiner einleitenden Rede zeigte er den republikanischen Kriegsteilnehmern ein plastisches Bild der wirklichen November-Verbrecher des Jahres 1918: Kaiser Wilhelm, Ludendorff und wie sie alle heißen, die in jenen Tagen Fahnenflucht unter den gemeinsten Umständen getrieben haben. Weiter beleuchtete Höring das Treiben der gleichen Kreise, als sie gesehen hatten, daß ihnen das friedfertige deutsche Volk auch im revolutionären Zustand nichts anleide tat. — Höring kam dann auf die steigende reaktionäre Flut in den letzten Tagen zu sprechen und erklärte dabei u. a. den Antikommunismus als die Parole der Verbrecher, weil sie damit auch die Seele unserer Kinder vergiften und eine Welle des politischen Nordes von ihnen ausgeht. Mehr als 400 Personen sind dieser Sendung in Deutschland während der letzten Jahre zum Opfer gefallen, davon vier Fünftel durch politische Mörder von rechts und ein Fünftel durch die ebenso verbrecherischen Kommunisten. Der Redner schilderte dann seinen begeisterten Zuhörern, wie am 22. Februar 1924 durch die Gründung des Reichsbanners in Magdeburg zum ersten Male der monarchistischen Reaktion ein wirklicher Damm entgegen gesetzt werden soll. Heute ist das Reichsbanner nahezu die alleinige physische Kraft der Republik. Am ersten Bundesstag im nächsten Monat in Magdeburg wird das Reichsbanner die dritte Million Mitglieder überschritten haben, und es wird weiter wachsen, trotz der Verleumdungen der Gegner. Schließlich stellte Höring fest, daß das Reichsbanner im Gegensatz zu den Organisationen der Reaktion niemals Geld von Leuten außerhalb unseres Vaterlandes genommen habe, sondern nur von deutschen Republikanern, und das ist fürwahr keine Schande. Stürmischer und immer wiederholender Beifall dankte dem Bundespräsidenten für seine Ausführungen.

Coolidges Abrüstungsaktion.

Auch das entwaflnete Deutschland soll mitberaten.

Aus Washington wird gemeldet, daß man in autorisierten Kreisen davon spreche, Deutschland zur Teilnahme an der zweiten Abrüstungskonferenz einzuladen, die der Präsident der Vereinigten Staaten für den Sommer oder Herbst d. J. einzuuberufen gedenke. Rußland werde nur dann eine Einladung erhalten, wenn die amerikanisch-russischen Verhandlungen bezüglich der Anerkennung der Sowjetregierung vor der Einberufung dieser Konferenz würden beginnen können. Die amerikanische Regierung hege die Hoffnung, daß die Verhältniszahl von 5:5:3 bei der Bestimmung der schweren Kriegsschiffe, die auf der letzten Abrüstungskonferenz angenommen worden sei, auch auf die letzten Kreuzer und die U-Boote ausgebeugt werde. Das Programm dieser Konferenz werde außerdem Verhandlungen zur Regelung der Zustimmungen umfassen sowie eine Revision der Verträge betreffs Chinas und der Länder im Fernen Osten.

Ludendorff kriecht zu Kreuzen.

Rupprecht ist aber noch nicht zufrieden.

Ludendorff hat am 7. Dezember folgenden Brief an Rupprecht geschrieben:

„Eurer Königl. Hoheit spreche ich heute mein tiefstes Bedauern aus, daß ich höchstselbst durch die Übergabe der „Bohemia“-Aussendung mit dem Vorbruch des Herrn von Kahr in eine Beziehung gebracht habe. Ich hoffe mit diesem Schritt zugleich die Spannung im Offizierskorps zu mildern. In Ehrerbietung zeichne ich als Eurer Königl. Hoheit untertäniger Ludendorff.“

Ludendorff macht zu diesem in der Sonntagsausgabe des „Sächsischen Kuriers“ veröffentlichten Brief folgenden Zusatz: „Ich habe den Tag der Wahl genommen, um mein Handeln von jeder Politik zu trennen, und den Schritt getan, um in vollem Verantwortungsbewußt gegenüber der Geschichte und dem deutschen Volke meinerseits alles aus dem Wege zu räumen, was einer Beilegung des Konflikts mit Seiner Königl. Hoheit im Wege zu stehen schien, um meine Gesinnungsfreunde im bayerischen Offizierskorps, namentlich im deutschvölkischen Offiziersbund, vor schweren Gewissenkonflikten und das deutsche Volk und das deutsche Offizierskorps aller Kontingente vor neuen Erschütterungen zu bewahren.“

Die auf Grund des Briefes eingeleiteten Schritte zur Ausöhnung haben aber zu keinem Ergebnis geführt; denn Rupprecht forderte außer dem Briefe weitere Genugtuung, die Ludendorff in der verlangten Form nur unter gewissen Bedingungen zu geben sich bereit erklärte. Diese Bedingungen aber wurden von Rupprecht als unerfüllbar betrachtet. Damit ist die Versöhnungsaktion endgültig gescheitert.

Kursänderung in der Politik Amerikas.

(Von unserem Newyorker Korrespondenten.)

Der Rücktritt des bisherigen Staatssekretärs des Aeußeren Mr. Hughes und seine Ersetzung durch Mr. Kellogg, den amerikanischen Botschafter in London, ist das wichtigste imperpolitische Ereignis der Vereinigten Staaten, das seit langem zu verzeichnen war. Es ist darüber hinaus ein Ereignis von weltpolitischer Bedeutung. Offiziell zieht sich Hughes zurück, weil er aus materiellen Gründen, nach zwanzig Jahren im Dienste des Staates, seinen Beruf als Rechtsanwalt wieder aufnehmen wünscht, in dem er sich vor seiner Ernennung zum Gouverneur des Staates New York ausgezeichnet hatte. Da der Posten eines amerikanischen Staatssekretärs des Aeußeren mit seinen repräsentativen Verpflichtungen nicht besonders glänzend bezahlt wird, ist diese Tatsache an sich glaubwürdig, zumal die Vereinigten Staaten durch die ungenügende Bezahlung ihrer Staatssekretäre schon eine Reihe von Staatsmännern in ihr Privatleben und ihren Beruf zurückgedrängt haben. Inoffiziell aber ist sehr wohl bekannt, daß die Hauptursache seines Rücktritts auf Differenzen in den Fragen der Außenpolitik, insbesondere aber darauf zurückzuführen ist, daß Hughes Freunde planen, ihn für die nächste Präsidentschaftswahl 1928 zu präferieren. Man erinnere sich nur daran, daß Hughes seinerzeit in der folgenschweren Präsidentschaftswahl der amerikanischen Geschichte Woodrow Wilson gegenüberstand und der von Wilson abgegebenen Stimmenanzahl so nahe zu kommen schien, daß die Nachricht von seiner und nicht Wilsons Wahl in Europa verbreitet werden konnte. Der völlig unerwartete Erfolg der Demokraten in den westlichen Staaten der USA hat das Bild des Wahlresultates dann allerdings geändert.

Hughes hat in seiner vierjährigen Tätigkeit als Staatssekretär des Aeußeren, — eine Stellung, die über die Stellung eines kontinentalen Außenministers weit hinausgeht und schon nahe an die Position als Ministerpräsident heranreicht, — auch international eine so bedeutende Rolle gespielt wie wenige amerikanische Außenminister vor ihm. In das erste Jahr seiner Amtstätigkeit fällt die Einberufung und Durchführung der Washingtoner Konferenz. Diese Konferenz ist deshalb von weltgeschichtlicher Bedeutung, weil sie zum ersten Mal in der Weltgeschichte eine freiwillige Einschränkung der Schlachtflotte auf der Basis freiwilliger Vereinbarung mit sich brachte. Die Washingtoner Konvention ist ein entscheidender Schritt zum Frieden im Pazifik. Sie hat die rivalisierenden Mächte gegenüber China verringert. Auch dieser bedeutungsvollen Konferenz, die schon eine politische Leistung hohen Grades darstellt, wird aber Hughes Name — vielleicht sogar mit noch größerer Verehrung — im Zusammenhang mit seiner europäischen Politik in die Weltgeschichte eingehen. Man erinnere sich an das ungeheure Aufsehen, das im Jahre 1921 seine Rede in Brüssel hervorrief, in der er die tatkräftige und unparteiische Hilfe Amerikas in der Reparationsfrage versprochen

und damit jene Politik der amerikanischen Beratung und halbamtlichen Beteiligung an der europäischen Politik ermöglichte, ohne die weder der Dames-Bericht hätte zustande kommen, noch die Londoner Konferenz hätte einberufen werden können. Diese Rolle bei der vorläufigen Regelung der Reparationsfrage darf ihm insbesondere in Deutschland nicht vergessen werden. Auf die Passivität seiner Tätigkeit wird man vom kontinentalen Standpunkt aus außer seiner dem Völkerverbund abgeneigten Politik, seine Außenpolitik haben müssen, die doktrinal nicht politisch, auch die Zusammenarbeit der kontinentalen Staaten mit Rußland, insbesondere aber das Verhältnis der Konservativen Englands zu Sowjetrußland — unter weltpolitischem Gesichtswinkel gesehen — ungünstig beeinflusst hat.

Das Hughes Erbe durch Kellogg für die Außenpolitik der Vereinigten Staaten bedeutet, kann heute noch nicht gesagt werden. Allgemein besteht die Auffassung, daß Kellogg, der ein außerordentlich erfolgreicher amerikanischer Botschafter in London war, in noch höherem Maße, als dies bei Hughes der Fall war, für eine aktive Teilnahme der Vereinigten Staaten an der europäischen Politik eintreten wird. Er hat dieser Auffassung zu verschiedenen Malen Ausdruck verliehen und ist außerdem durch seinen langjährigen Aufenthalt in Europa mit den Sorgen und Schwierigkeiten des Kontinents mehr vertraut als irgendein amerikanischer Staatsmann. Bei der völligen Abhängigkeit, die die meisten amerikanischen Staatsmänner den europäischen Problemen gegenüber aufweisen, ist der jahrelange Einblick in die europäischen Probleme schon ein Schritt zur Mitverantwortung, zur Mitbeteiligung.

Am Völkerverbund hat Kellogg immer das allergrößte Interesse gehabt und obwohl er nicht als ausgesprochener Befürworter des Gedankens eines Eintritts Amerikas in den Völkerverbund gelten kann, so ist doch bekannt, daß er den größten Wert darauf legen wird, den internationalen Schiedsgerichtshof, mehr als das bisher der Fall war, ins Zentrum der Regelung internationaler Streitigkeiten zu rücken und daß er die Ansicht vertritt, Amerika habe am Werk des internationalen Schiedsgerichtshofes einen aktiveren Anteil als bisher zu nehmen. Könnte in Deutschland bei der Überlegung „Völkerverbund-Eintritt oder nicht?“, solange Hughes am Ruder war, noch mit einem Schein des Rechtes auf die amerikanische Gegnerschaft zum Völkerverbund hingewiesen werden, so fällt mit der Ernennung Kelloggs auch diese Ausrede weg. Denn es kann gar kein Zweifel darüber sein, daß er, infolge seiner grundsätzlichen Bejahung des Völkerverbundes, Völkerverbundspolitik für einen europäischen Staat als die Grundlage für seine Eingliederung in die europäische Völkergemeinschaft betrachtet — ganz unabhängig davon, ob er als Amerikaner und für Amerika die gleiche Notwendigkeit gegeben steht.

Danziger Nachrichten

Die Postfrage.

Ein Bericht an den Völkerbund.

In der Angelegenheit der Errichtung eines polnischen Postdienstes in Danzig erfahren wir, daß der Hohe Kommissar des Völkerbundes in Danzig am Sonnabend einen Bericht an den Generalsekretär des Völkerbundes nach Genf gerichtet hat.

Herr Direktor Eric Colban vom Sekretariat des Völkerbundes, der bekanntlich seit einigen Tagen in Danzig weilte, hat sich gestern morgen nach Genf zurückbegeben.

Zur Einderung der Arbeitslosigkeit

Sollen schleunigt Arbeiten in Angriff genommen werden, wie wir bereits am Sonnabend kurz mitteilten. In Aussicht genommen werden hierfür die Arbeiten der Tiefbauverwaltung, für welche die Mittel erst im nächstjährigen Haushaltsplan vorzusehen sind. Mit der Vorbereitung dieser Arbeiten kann aber schon jetzt begonnen werden, so daß eine größere Zahl von Arbeitskräften Erwerb findet.

Es liegt auch im Interesse der Tiefbauverwaltung, daß die genannten Arbeiten schon jetzt in Angriff genommen werden. Es ist zweckmäßig, daß überall da, wo den eigentlichen Straßensanierungsarbeiten noch vorzuziehenden Arbeiten vorangehen müssen, diese so rechtzeitig auszuführen werden, daß die in die Abgräben eingebrachten Bodenmassen ausreichend fest ablagern können. Ebenso können auch die Arbeiten der Gartenbauverwaltung für Herrichtung von Uferstreifen auf Karpenseigen mit Grünanlagen und von Beeten und Pflanzungen auf dem Viktoriaufer bei günstigem Wetter sofort in Angriff genommen werden.

Alle diese Gründe geben Veranlassung, schon jetzt mit den erforderlichen Arbeiten anzufangen. Der Senat beantragte deshalb bei der Stadtbürgerschaft die Bewilligung von 91.500 Gulden für diese Zwecke.

Es handelt sich um folgende Arbeiten: Erdarbeiten in der Ostseestraße, Kanalarbeiten in der Kasaniensalle, in der Ringstraße, auf dem Heerzanger, Berufsrunder Straße A auf dem Tramp mit Wasserleitung, Herrichtung eines Uferstreifens auf Karpenseigen zur Grünanlage, Anlage von Beeten und Pflanzungen auf dem Viktoriaufer.

Weiter sollen folgende Tiefbauarbeiten in Angriff genommen werden: Einhebung des Geländes zwischen Dikwaer Tor und Hanelstraße; das jetzt verwaist dastehende Gelände soll wieder mit Grünanlagen versehen werden. Die vor einigen Jahren unterbrochenen Arbeiten am Grüngraben sollen wieder aufgenommen werden durch Herstellung einer Verbindungsstraße Sandarb-Grabenstraße in Schidlitz. Weiter soll das Gelände im Koniatal zwischen Hindenburg und Dümelau, sowie an der kleineren Mole in Schidlitz für Siedlungsweide erschlossen werden. Die Gesamtkosten betragen 61.000 Gulden, wovon 16.000 Gulden aus erstarbten Erwerbslosenfürsorgemitteln zur Verfügung gestellt werden. Die am Dienstag aufzunehmende Stadtbürgerschaft wird über diese Anträge des Senats zu beschließen haben.

Herabsetzung der freistaatlichen Postgebühren.

Die Postgebühren im Freistaatverkehr und im Verkehr nach Deutschland über deren unabweisliche Höhe schon oft Klage erhoben worden ist, sollen nach einem Bescheid des Senats herabgesetzt werden. Im Briefverkehr wird das Porto für Briefe bis zu 20 Gramm wie bisher 10 Pf. kosten; für Briefe im Gewicht von 20 bis 50 Gramm 15 Pf.; während bisher Briefe über 20 bis 50 Gramm 15 Pf. und Briefe über 50 bis 100 Gramm 20 Pf. kosteten. Im Fernverkehr soll das Briefporto von 20 auf 15 Pf. herabgesetzt werden. Bisher kosteten sie 20 Pf. Porto.

Bei den Drucksachen sind die Postdruckkosten über 1 bis 2 Kilogramm Gewicht von 50 auf 40 Pf. herabgesetzt worden, während für Zeitdrucksachen ein höheres Porto festgesetzt wurde. Bei Geschäftsbriefen wurde das Porto für Sendungen bis zu 20 Gramm Gewicht von 20 auf 15 Pf. herabgesetzt. Bei Warenproben wurde eine Herabsetzung insofern vorgenommen, als erst Sendungen bis 200 Gramm 15 Pf. Porto kosten sollen und Sendungen im höherem Gewicht 20 Pf. (bisher Sendungen bis 100 Gramm 15 Pf., über 100 bis 250 Gramm 20 Pf. und von über 250 Gramm bis 500 Gramm 30 Pf.). Bei Mitbringungen werden nur die Sendungen im Gewicht bis zu 200 Gramm von 20 auf 15 Pf. ermäßigt. Bisher sollen in Zukunft anstatt 50 nur noch 40 Pf. kosten. Die Zeitungsgebühren für das wöchentlich einmalige oder selteneres Erscheinen bei einem durchschnittlichen Nummergewicht bis 50 Gramm 2 Pf. (bisher bis 25 Gramm 1 Pf.), von 50 bis 100 Gramm 4 Pf. (bisher von 25 bis 50 Gramm 2 Pf.) und von da ab sind die Gebühren auf das Doppelte erhöht. Diese Ermäßigungen sollen eine Entlastung der Wirtschaft bringen.

Die Sätze für den Fernverkehr gelten auch für Befreiendungen nach Österreich. Im weiteren sollen gleichzeitig einige Gebühren im Verkehr nach dem übrigen Ausland und einige postordnungsähnliche Nebengebühren herabgesetzt werden, und zwar: die Gebühr für Briefe bis 20 Gr. nach dem Ausland (ausschließlich Deutschland, Polen und Österreich) von 40 auf 35 Pf.; die Gebühren für Postkarten nach dem Ausland (ausschließlich Deutschland, Polen und Österreich) von 25 auf 20 Pf.; die Einschreibgebühr im Inlandsverkehr sowie im Verkehr nach Deutschland und Österreich von 40 auf 20 Pf.; im Verkehr nach Polen ist diese Ermäßigung bereits vorgenommen worden; im Verkehr nach dem übrigen Ausland von 40 auf 30 Pf.

Das Reichsgericht zur Gastpflicht der Hotels. Die deutschen Hotels lassen den Gast bei seiner Ankunft einen Revers unterschreiben, in dem er die Ablehnung jeglicher Gastpflicht seitens des Hotels anerkennt. Um diesen Gastpflichtrevers ist ein heftiger Kampf der Meinungen entbrannt, und es ist von Bedeutung, daß nunmehr zum ersten Male das Reichsgericht in einem Urteil sich auf die Seite der Hotelbesitzer gestellt hat. Ein Gast, dem eingeschobene Sachen abhandeln gekommen waren, machte das Hotel haftbar und wies darauf hin, daß er eine Durchsicht des unterzeichneten Reverses nicht erhalten habe. Er bezeichnete dieses Verhalten des Hotels als sittenwidrig. Das Reichsgericht trat der Auffassung des Geschädigten nicht bei, es billigte dem Gastwirt vielmehr das Recht auf Abschluß der Haftung zu mit der Begründung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart einen Abschluß der Haftung noch rechtfertigen und im vorliegenden Fall die Interessen des reisenden Publikums

Abrechnung mit dem Fuchs-Organ.

Eine scharfe, aber notwendige Anprangrung. — Der „Anstand“ in der Breitgasse.

Wir fangen an, aufrichtiges Mitleid für die „Danziger Neuesten Nachrichten“ zu empfinden. Frohgemut und hoffnungsvoll, wenn auch in einer kräftigen Beschäftigung, waren sie ausgegogen, um ihrer „besten Konkurrenz“, nämlich der „Danziger Volksstimme“, endlich die vernichtende Niederlage zu bereiten. Und nun dieser Erfolg: das Fuchsblatt hat eine Blamage erlebt wie nie in seiner unruhigen Vergangenheit. Nicht nur, daß der Dessenlichkeit erneut der „ehrenwerte“ Charakter dieses unpolitischen Geschäftsorgans bekräftigt wurde, konnten wir auch einige für die Allgemeinheit sehr wertvolle Feststellungen machen, die sowohl die journalistische als auch geschäftliche Bedeutung des Blattes für viele in einem stärkeren Licht erscheinen ließen. Doch die größte Blamage war zweifellos, daß das Blatt endlich einmal gezwungen war, sich die Unwahrscheinlichkeit seiner Behauptungen in seinen eigenen Spalten zu bestätigen, indem es in der Spätausgabe am Sonnabend eine Verächtlichmachung veröffentlichte, die kurz und bündig feststellt, daß die am Donnerstag ausgetragenen Verachtlichmachungen, die wir eine Barshauer Meldung nachgedruckt, unwahr sind.

Die Festschrift der „Neuesten“ wurde dadurch recht deutlich und überzeugend unterrichtet, was sie von den Behauptungen ihres auch sonst geistig recht armen Organs zu halten hat. Das Fuchsblatt verzieht nun zwar, seine erfolgte Anprangrung durch allerlei Vorjünglerereien zu verdecken, doch kommt diesen keine ernste Bedeutung zu, da das Blatt ja bereits vorher offenbar hat, daß es die erst erhobenen Vorwürfe und Verachtlichmachungen nicht aufrecht erhalten konnte. Denn merkwürdigerweise hatte die Redaktion der „N. N.“ nicht mehr den Mut, den am Donnerstag in der Spätausgabe veröffentlichten geschäftlichen Artikel, mit dem man den Kampf eröffnete, auch in der üblichen Weise in der anschließenden Freitag-Mittausgabe zu veröffentlichen. Diese Tatsache spricht bereits Bände. Es wäre uns aber außerdem noch ein Verbot, den langen Erklärungsversuchen, die das Blatt macht, um sein „Ansehen“ zu retten, weitere Feststellungen gegenüberzustellen. Doch erscheint uns das angesichts der oben getroffenen Feststellungen und der in den „Neuesten Nachrichten“ veröffentlichten Verächtlichmachung durchaus überflüssig, da ja wir unterrichten es noch einmal, klar und bündig festzustellen ist, daß die Behauptungen der „D. N.“ unwahr sind. Wir halten es aber auch im jetzigen Stadium des Danzig-politischen Postkonfliktes nicht für opportun, dem Beispiel der „Danziger Neuesten Nachrichten“ zu folgen und uns mit ihr über gewisse Wendungen in einzelnen Barshauer Meldungen heranzusetzen, weil damit sicherlich nur der Sache Polens gedient wird.

Es ist überhaupt eine besondere Seite dieser Angelegenheit, daß es ausgerechnet die sich immer so „national“ und „volksgemeinschaftlich“ gebärdenden „Neuesten Nachrichten“ fertig bekommen haben, aus rein geschäftlichen Konkurrenzgründen sich darüber aufzuregen, daß eine andere deutsche Zeitung in Danzig im Abwehrkampf gegen polnische Intrigen mit ihren Informationen und Protesten mit den „Anerkennungsnachrichten“ durchaus Schritt hält. Wir wollen nicht auf den Gedanken kommen, der uns gegenüber von anderer Seite geäußert wurde, als wenn das Fuchsblatt auf diese Art und Weise hoffe, selbst auf Kosten der Rechte Danzigs sein gelingendes Renommee wieder aufzurichten. Bei dem bekannten „Patriotismus“ vieler Geschäftsmänner sind

solche Möglichkeiten allerdings nicht ganz ausgeschlossen. Doch wollen wir in diesem Falle darauf nicht eingehen. Demgegenüber bleibt jedoch das Vorgehen der Breitgasse immer eine trübe Angelegenheit für ihre Urheber, da die Redaktion des Blattes soviel politisches Urteilsvermögen besitzen mußte, um zu erkennen, daß ihr Geschäftsmännern auf einen Dolchstoß gegen die Verteidigungsfront der deutschen Presse Danzigs hinauslaufen kann.

Wir hätten nach diesen Feststellungen keinen Grund mehr, uns noch weiter mit dieser leidigen Angelegenheit zu beschäftigen, wenn sich die „Neuesten“ nicht in unwagender Ueberhebung noch als journalistischer Aufstandswächter aufgepielt hätte. Unser erster Abwehrartikel „Fuchs in Angeln“, der allseitig Aufmerksamkeit und vielfache Zustimmung fand, hat in der Nachrichten-Redaktion die Gemüter sehr in Wallung gebracht. Aber trotz stundenlangender Redaktionsberatungen hat man über die sachlichen Feststellungen unseres Artikels keine Widerlegung gefunden. Wir könnten also mit stillschweigender Zustimmung der verantwortlichen Leitung der „Neuesten Nachrichten“ unsere damaligen interessanten und gleichzeitig für das Ansehen des Blattes vermittelnde Angaben als wahr feststellen. Da aber die Blamage der „Neuesten“ auf irgendeine Art und Weise verschleiert werden muß, so greift man dort einfach zu dem billigen Ausweg, uns Vorwürfe über unseren Ton zu machen. Man behauptet, wir hätten nur geschimpft und den Verleger Fuchs persönlich angepöbel.

Ganz abgesehen davon, daß bei den Titulaturen, die wir dem dispenzierten, ehrenwerten Herrn Senator widmeten, von einer „Anpöbelung“ nicht die Rede sein kann, muß doch die Frage erhoben werden, mit welchem Recht man sich im Fuchspalast anmaßt, als Wahrer des guten Tons aufzutreten. So heißt es in der uns zugesandten Behauptung, daß man die Person von der Sache trenne, d. h. den Verleger Fuchs aus dem Spiele lassen solle. Von wem kommt diese Erleuchtung denn so plötzlich in der Breitgasse? Sie behauptet zwar, man hätte von dort unseren Genossen Gehl als Zeitungsverleger niemals anerkennen. Wir wollen das nicht nachprüfen.

Aber Sano auf! Herz Ihr Nachrichtenredakteur! War es nicht bisher Ihre mit zäher Verbissenheit durchgeführte Aufgabe, die Arbeiterbewegung nicht etwa nur sachlich, sondern mit den ärgsten Verachtlichmachungen und Verleumdungen zu bekämpfen und herabzuwürdigen, und sind nicht die sozialistischen Führer von Euch bei jeder nur denkbaren Gelegenheit glühend mit Schimpf beworfen? Da selbst Führer sozialistischer Parteien haben mehrfach über eine kleinlich schäbliche Kampfesweise öffentlich Klage geführt, wenn sie sich nur im bescheidensten Maße gegen den deutschnationalen Fuchs-Sturz verstoßen hatten.

Wir haben in den letzten Jahren unsern Kampf stets sachlich geführt. Doch Auge um Auge, Zahn um Zahn! Solange man in den „Neuesten Nachrichten“ die Arbeiterbewegung und ihre Führer in schäblicher und kleinlicher Weise herunterreißt und sich dort selbst auf rein sachliche Auseinandersetzungen beschränkt, müssen auch wir anständig den schäblich und politisch so strebsamen Herrn Fuchs weiter dafür zur Verantwortung ziehen. Es sei denn, er ginge nach diesem klärenden Gemitter in sich und bessere den Charakter seines Blattes!

Indurch gemahrt gemessen seien, daß im Hotel des Beklagten jeder Reisende Gelegenheit hatte, sein Gepäck selbst zu verpacken. Nach dieser Reichsgerichtsentscheidung wird also zukünftig jeder Hotelgast gut tun, soweit er nicht bereits einen privaten Versicherungsvertrag abgeschlossen hat, bei seiner Aufnahme im Hotel die Versicherung auf dem ihm vorgelegtenchein abzuschließen.

Der nackte Mensch.

Eine Aussprache über Nackt- und Körperkultur.

Unter dem Vorsch des Herrn Adolf Weibe hat sich in Danzig eine „Vereinigung der Freunde idealer Nacktheit und Schönheit“ gebildet.

Zu Freitagabend hatte diese Vereinigung nach dem Saale der Naturforschenden Gesellschaft Vertreter der Behörden, Ärzte und Presse geladen, um diesen ihre Erfahrungen vorzutragen und eine Aussprache darüber zu pflegen. Die Vereinigung zählt etwa 60 Mitglieder beiderlei Geschlechts, darunter auch ganze Familien. Die Leitung hat ein Komitee. Mitglieder werden nur nach Prüfung ihrer sittlichen Geeignetheit und Reife aufgenommen. Das Ziel ist, die Gesundheit, Schönheit und Reinheit der Menschen zu fördern. Der Vorsitzende legte zunächst in einem Vortrage Ziele und Erfahrungen der Vereinigung dar. Die Erfahrungen geht dahin, daß es durchaus möglich ist, die sittliche Kraft, durch den Anblick beider unbedeckter Geschlechter zu stärken. Die geistige und körperliche Gesundheit wird gefördert. Alkohol und Tabak wird gemieden. Die Veranstaltungen sind natürlich gleichzeitig Lust-, Licht- und Sonnenläder, deren günstige Wirkungen bekannt sind. Redner hat Behörden, Schule, Ärzte und Presse, die Sache zu fördern.

Es wurden alsdann eine Reihe von Lichtbildern aus dem Leben der Vereinigung vorgeführt. Dabei zeigte sich, daß der sittlich unverbundene Mensch an ihnen keinen Anstoß nehmen konnte, sondern Wohlgefallen empfand, und die Bilder durchaus künstlerisch wirkten. Es waren Bilder von Kindern und Erwachsenen. Natürlich geschah die Veröffentlichung unter Zustimmung der Eltern und der Betroffenen. Professor Dr. Petruschky ergänzte die Bilder durch solche einiger schöner Gestalten.

An der Aussprache beteiligten sich die Herren Dr. Spiegelberg, Professor Dr. Reintisch und Studienrat Dr. Lakowitz. Dem Grundbestreben der Vereinigung wurde zugestimmt. Das unbedeckte Baden am Strande wurde aberwiegend mäßig erachtet. Unangemessenes Verhalten mancher Liebespaare am Strande würde durch die Dessenlichkeit beseitigt werden. Die freie Natur über einen sehr günstigen Einfluß aus. Die Uebungen im geschlossenen Raum würde dieser Einfluß fehlen, wenn die Gesellschaft nicht aus gesunden Personen besteht. Das Joppoter Familienbad wurde keineswegs als ein Vorbild für Nacktkultur anerkannt, im Gegenteil.

Redner und Senat der Technischen Hochschule. Redner: zugleich Vorsitzender des Senats: o. Professor Dr. Sommer, Ragnitzgasse. Prorektor: Barzant o. Professor der Jungs. Senatoren: Dr. Schilling, o. Professor Dr. v. Professor Fakultät (Allgem. Wissenschaften) Dr. Ing. e. h. Dr. W. Otto Schulze, o. Prof. (Baumwesen), Dr. Ing. Boerzle, o. Professor, Fakultät (Maschinen-, Schiff- und Elektrotechnik). Gewählte Mitglieder: Dr. Genzling, o. Professor (Geisteswissenschaften), Dr. W. S. J.

Geh. Reg.-Rat. o. Professor (Chemie), K. Loepfel, o. Professor (Architektur), Carsten, Geh. Reg.-Rat. o. Professor (Architektur), Dr. Orix, a. o. Professor (Elektrotechnik), Dr. Ing. e. h. Werner, o. Professor (Schiffstechnik).

Nationalistenauzug in Joppot.

In Joppot war am Sonnabend wieder einmal Himmel. Aus Anlaß der Gründung des einzigen Deutschlands hatte der Joppoter Kriegerverein zu einem Fadelauge aufgerufen. Joppot sollte wieder einmal, wie man so sagt, auf Stühlen stehen, doch es wackelte bedenklich. Um 6 Uhr abends marschierten die Gardien der „nationalen“ Vereine auf dem Marktplatz auf. Und hier konnte man sehen, daß dem Auge nur wenige gefolgt waren. Vertreten waren Kriegerverein, Marinerverein, Bürgerbrüderverein, Garderverein, Feuerweh, Veltow-Vorbed, „Stahlhelm“ (mit Vertärkung aus Langfuhr), Deutschnationaler Jugendbund, Pfadfinder. Viele Vereine, die man sonst bei solchen Anlässen auf dem Plan zu sehen gewohnt ist, die konfessionellen Vereine, fehlten vollständig. Ob diesen Nichterwähnten der ewige Nummel schon zuviel ist oder ob man dort endlich zur Einheit gekommen ist, daß die Kriegsbabe mit der christlichen Lehre nicht zu vereinbaren ist, soll dahingestellt bleiben. Im Kurgarten hielt der Vorsitzende des Kriegervereins eine Ansprache. Er hielt sich diesmal ganz gegen die Gewohnheit sehr in den Grenzen. Nach der „großen Rede“ mit anschließendem Zapfenreich und „Gebet“ löste sich der Zug auf. Die Vertaltungen dürften die Ueberflüssigkeit derartigen Veranstaltungen hoffentlich bald einsehen.

Ins Wasser gegangen. Sonnabend nachmittags gegen 5 Uhr sprang die 70 Jahre alte Frau W. M. aus der Dikwaer Straße in Neuhäuser Wasser von dem Seeufer in Prösen ins Wasser. Durch einen Auffrei wurde ein Sumpo auf den Bergang aufmerksam, der die Lebenswunde unter Mithilfe eines Führers wieder dem nahen Element entriß. Die Gerettete wurde dem Städtischen Krankenhaus zugeführt, wo sie schwer krank doherlief. Es besteht Lebensgefahr.

Was ist die Arbeit der Hausfrau wert? Eine amerikanische Zeitung hat an ihre Leser die folgende Frage gerichtet: Was ist die Arbeit einer Hausfrau wert? Unter den eingeholten Antworten war auch die einer Frau, die dreißig Jahre verheiratet ist. Ich habe während dieser Zeit, so schreibt sie, 233,425 Portionen Essen zubereitet, 33,185 Paibe Brot und 5630 große Weizenbrote gebacken und 1550 Eiter frisch hergestellt. In meinem Küchenschrank habe ich 78,630 Eiler aufgehoben und habe 275 Kilogramm Butter gemacht. Diese Arbeit, meine ich, ist fünfzigtausend Dollar wert.

Wanderung in der Post nach Amerika. In der Beförderung der Briefpost nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika tritt insofern eine Änderung ein, als der für den 21. Januar vorgesehene Dampfer „Rose“ von Southampton aus auftritt und der Dampfer „George Washington“ von Oberbourg nicht am 20., sondern bereits am 22. Januar abfährt, zur Briefpostbeförderung jedoch nicht benutzt wird.

DANZIGER INTERNATIONALE MESSE / 5.—8. FEBRUAR 1925

Vergleichen wir zu diesem Zweck die Kapitalsummen der zehn größten Reedereien 1913 und 1924 miteinander, so sehen wir, daß sich die Gesamtsumme des eigenen Kapitals (ohne die offenen und Bausreserven) von 431,2 auf 177,3 Millionen Goldmark geändert hat.

Die 177,3 Millionen Goldmark des eigenen Kapitals (ohne die offenen und Bausreserven) haben die zehn größten Reedereien den sehr hohen Betrag von über 88 Mill. Goldmark, das sind 50 Prozent ihres Kapitals, bereitgestellt, offenbar mit Rücksicht auf den aus dem Passagier- und Frachtgeschäft in der Zukunft drohenden Verluste.

Bei dieser Sachlage hätte die deutsche Öffentlichkeit allen Grund, die Bemühungen der deutschen Reeder um direkte oder indirekte Subventionen der Reedereien durch den Staat mit größter Vorsicht zu betrachten.

Das gilt auch für die deutsche Werftindustrie. Auch diese ist durch die Kriegs- und Inflationswirtschaft weit über die Nachfrage nach Schiffen und Schiffsmaschinen ausgedehnt worden, die heute und in der Zukunft möglich ist.

Kapitalvergleichung für 15 Werften (vier große Werften fehlen.)

Table with 3 columns: Werftname, Kapital 1913 (Mill. RM.), Kapital 1924 (Mill. RM.). Includes entries like 'Henselberger Schiffbau', 'S. Ferichs & Co. A. G.', etc.

Uebrigens lassen die Goldbilanzen der deutschen Werften in keiner Weise erkennen, daß sie irgendwie unterstützungsbefähigt wären. Die 15 Werften, deren Bilanzen heute vorliegen, hatten 1913 ein Aktienkapital von 41,50 Millionen.

Wenn heute dennoch, zwar nicht Subventionen, aber Reichslohn für die Reedereien und Werften aufgebracht werden, so sind diese Kredite nur zu billigen, wenn die notwendige Umstellung der Werften dadurch nicht vereitelt wird.

Der Weltschiffbau im Jahre 1924. Nach der hiesigen bekannt werdenden Statistik von Lloyd's Register liegt die Tonnageziffer der am 31. Dezember 1924 im Bau befindlichen größeren Schiffe nur um 28 Prozent unter dem Vorkriegsrekord vom 30. Juni 1913.

Rechte des Kindes. Auf dem 4. Kongress der Internationalen Vereinigung für Kinderhilfe, der in Wien am Ende des Jahres 1923 stattfand, wurde eine wichtige Erklärung angenommen, die die Rechte des Kindes betrifft.

Ein Negerheld gestorben. Der Neger Petrosi, der um die Jahrhundertwende einer der berühmtesten Berufsritzer der Welt war, ist in Sofia im Alter von 52 Jahren gestorben.

Der Unterschied zwischen dänischer und schwedischer Krone

Die dänische und die schwedische Krone. In Berlin notiert die dänische Krone ca. 74,50 Mark, die schwedische Krone dagegen ca. 113 Mark für je 100 Kronen.

Boikott des Revolver Hafens durch die Sowjetunion?

Unter der Überschrift: „Eine aktuelle Frage“ veröffentlicht die wirtschafstamtliche „Ekon. Schinj“ die Ansichten eines Mitarbeiters aus Arbeiterkreisen, in der unter Hinweis auf den „weißen Terror“ in Kiew, unter dem u. a. 130 Hafenarbeiter zu Leiden gehabt hätten, eine Politik der wirtschaftlichen Repressalien gegen den Revolver Hafen befürwortet wird.

Wiederentnahme der Marxisierung in Brüssel. Der belgische Finanzminister hat die Vorlage der deutschen Reichsmark an der Brüsseler Börse vom Montag ab wieder zugelassen.

Der Lebensstandard in England. Aus London meldet das B. Z.: Der letzte Monat brachte ein leichtes Sinken der Lebenshaltungskosten. Es ist das erstmal, das die Verteuerung, die seit Juni anhält, zum Stillstand gekommen ist.

Ein geheimes Österreichisch-tschechisches Wirtschaftsabkommen? Ein Prager Blatt sprach schon vor einiger Zeit die Ansicht aus, daß zwischen der Tschechoslowakei und Desterreich neben dem offiziellen Handelsvertrag noch ein Geheimprotokoll existiere, in welchem Desterreich bei der Ein- und Ausfuhr Vorteile gewährt würden, die die anderen Staaten nicht haben.

Das lohnende Streichholzgeschäft. Trotzdem das Geschäft mit Streichhölzern im allgemeinen als das letzte Mittel in der Not angesehen wird, kann man in dieser Branche aus großer Verbienlichkeit erzielen.

Die Ausdehnung des englischen Waidens-Konzerns. Die bedeutende englische Schiffs- und Maschinenbau-Firma Waidens hat mit der Combustion Engineering Corporation, einer der führenden tabakischen Konkurrenzfirmen, eine geschäftliche Zusammenarbeit beschlossen.

Die Konzentration in der Autoindustrie Amerikas. Die kürzlich veröffentlichten Ergebnisse der Betriebszählung in der Autoindustrie der Vereinigten Staaten von 1923 weisen weitere Fortschritte in der Konzentration auf.

Neue ausländische Firmengründungen der Sowjetunion. Mehrere ausländische Firmen haben Nachrichten der Sowjetunion zufolge, mit der Sowjetregierung im Dezember 1924 Konzeptionsverträge abgeschlossen.

In der am Mittwoch, den 20. Januar, abends 7 Uhr, im Saale der Sporthalle stattfindenden Frauenweltabend werden alle Leserinnen der „Volksstimme“ in Odra freundlich eingeladen.

- Programm. 1. Rudolfsklänge, Marx, R. Herzen. 2. Duvertüre zur Oper „Der Kalfi von Bagdad“, Franz Hebel. 3. Tragische Geschichte, Zweigepräg, Franz Hebel. 4. Gesangsbeiträge (Arbeitergesang-Verein, Arbeiterklub, Odra). 5. Ansprache von der Genossin Malikowskij. 6. Rezitationen in Danziger Mundart (Gen. Behrendt). 7. Alt und jung, Tanz. 8. La Marseillaise, Hougat de Biele. 9. Ein Melodienraum, Polpourri, Ernst Rabat. 10. Romanze in F, G. Rabat. 11. Aufführungen des Arbeiterklub-Vereins „Nichte“. 12. Gesangsbeiträge des Arbeiterklub-Vereins, Arbeiterklub, Odra. 13. Rezitationen. 14. Sozialistenmarsch, Karl Gramm. Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Zutritt haben jedoch nur Frauen oder Mitglieder der Partei.

Gewerkschaftliches u. Soziales

Die Löhne in Rußland.

In der Internationalen Presse-Korrespondenz veröffentlicht Dogadov, der Sekretär des Allrussischen Zentralgewerkschaftsrates, einen Bericht über die Lage der russischen Gewerkschaften, demzufolge der russische Gewerkschaftsbund zurzeit 6 036 000 Mitglieder umfaßt, gegen 4 547 000 im Jahre 1923.

Im Zusammenhang mit der Frage des Arbeiterlohnes wird gesagt, daß hier seit dem letzten Kongress in der ganzen Union der G.M. auf durchschnittlich 68 Prozent des Vorkriegslohnes anbestimmt, so werden beispielsweise folgende Ziffern aufgeführt: Der Durchschnittslohn der Metallarbeiter beträgt 56,6 Prozent, der Durchschnittslohn der Textilarbeiter 51,7 Prozent, der Bergarbeiter 52,2 Prozent, der Chemiarbeiter 59,2 Prozent.

Niemand wird behaupten wollen, daß die der bolschewistischen Propaganda dienende Korrespondenz die Lage der russischen Arbeiter ungünstiger schildert, als sie wirklich ist. Es wird auch niemand bestreiten, daß die russischen Vorkriegslohne die niedrigsten in Europa waren.

Lohnbewegung im Hamburger Hafen. Die organisierten Hafenarbeiter von Groß-Hamburg haben in einer vertretlichen Zusammenkunft der Deputate beschlossen, mit Rücksicht auf die veränderten Lebensverhältnisse ebn mit dem Hafenbetriebsverein abgehandelten Tarif zum 31. Januar zu kündigen.

Internationale sozialpolitische Konferenz. In Frankfurt a. M. wurde am 13. Januar die erste internationale sozialpolitische Konferenz auf deutschem Boden seit dem Kriege abgehalten. Zweck der Tagung war, die Fusion der drei internationalen Vereinigungen für Arbeitslosigkeit und für Arbeiterversicherung vorzubereiten.

Eine neue Schlappe der „Rotarbeiter“. Die Verwaltung der Fabrik des Deutschen Metallarbeiter-Vereins wird als eine der Reize von anderen seit Jahren die aufmerksame Beobachtung der Kommunisten. Nachdem die Kommunisten mehrere Jahre hindurch sich „revolutionär“ betätigt, d. h. den Metallarbeiterverband heruntergewirtschaftet hatten, kommen aus der Fabrik Metallarbeiter zurück.

Produktive Erwerbslosenfürsorge in England. Das englische Kabinett wird sich in der nächsten Sitzung mit einem neuen Begehrplan beschäftigen, dessen Ausführung etwa 5 Millionen bewilligten Pfund Sterling erfordern würde, die zu den bereits bewilligten 21 Millionen hinzukommen.

Syndiziert auch! Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Organ der Schwerindustrie, schreibt in einem Aufsatz über die Bedeutung der Dantätigkeit: „Ziegel- und Holzpreise, die im Frühjahr noch auf der Höhe der Vorkriegspreise standen, liegen jetzt um etwa 40 bis 60 Prozent darunter, haben aber die allgemeine Erhöhung des Preisindex der Industriearbeiter erreicht und sind im Begriff, weiter zu steigen.“

Danziger Nachrichten

Neuregelung der Vermögenssteuer.

Der Senat hat dem Volkstag einen neuen Gesetzentwurf über die Vermögensbesteuerung vorgelegt. Der Entwurf folgt den im Finanz- und Steuerprogramm aufgestellten und dem Volkstag vorgelegten Richtlinien. Das Gesamtaufkommen aus der Vermögenssteuer soll ausschließlich der freien Stadt Danzig zugute kommen, ohne daß das frühere im Laufe des Jahres 1924 abgeschaffte begrenzte Zuschlagsrecht der Gemeinden wieder aufgenommen worden ist.

Es sollen wiederum wie vor der Abänderung durch die Verordnung vom 26. Oktober die Aktien und sonstigen Beteiligungen an Danziger Unternehmen steuerpflichtiges Vermögen gleich jedem anderen Besitz an Wertpapieren darstellen. Zum Ausgleich, insbesondere zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen, sollen dafür die Aktien-Gesellschaften usw. berechtigt sein, von ihrem Vermögen den Wert des Grund- und Stammkapitals als Schuld in Abzug zu bringen. Als höchster Steuersatz sind 5 v. H. in der Annahme festgesetzt, daß bei normalen wirtschaftlichen Verhältnissen eine durchschnittliche Verzinsung von 5 Prozent des Vermögens wieder erreicht werden wird.

Der Tarif bedeutet eine nicht unwesentliche Senkung der Vermögenssteuer. Für diese Ermäßigung wird in der Begründung angeführt, daß sie ihren Grund und ihre Rechtfertigung in der Forderung findet, daß die Vermögenssteuer normaler Weise aus den regelmäßigen Erträgen des Vermögens bezahlt werden könne. Die Vermögenssteuer des letzten Jahres habe den Charakter eines Eingriffs in die Substanz getragen. Derartige Eingriffe dürften aber nicht zum Dauerzustand werden, besonders nicht in Zeiten des Wiederaufbaues und der Kapitalarmut. Die Neubildung von eigenem Kapital und die Heranziehung von fremdem Kapital seien wesentlich für die Genesung des Wirtschaftslebens in Danzig, sie lagen im Interesse aller Schichten der Bevölkerung.

Eine weitere allgemeine Ermäßigung für die Besteuerung des Vermögenssteuertarifs müsse sein, daß infolge des starken Zusammenrückens alles Rententapitals die von der Vermögenssteuer erfaßten Objekte ganz überwiegend in Gebäuden und Grundbesitz, in industriellen und landwirtschaftlichen Anlagemerten bestanden. Dies geht aus folgenden Zahlen deutlich hervor: Bei der Vermögenssteuerveranlagung für 1924 belief sich das von der Steuer erfaßte Rohvermögen auf insgesamt 680,4 Millionen Gulden. Davon entfielen auf städtischen Grundbesitz 198,4 Millionen Gulden, auf ländlichen Grundbesitz 22,5 Millionen Gulden, auf gewerbliches Vermögen 192,3 Millionen Gulden, auf Kapitalvermögen 16,2 Millionen Gulden.

Nach dem Tarif beginnt die Steuerpflicht bei einem Vermögen von über 6000 Gulden. Der geringste Steuerfuß ist 1 v. H. Das Ansteigen der Steuerfüße vollzieht sich allmählich in der Weise, daß der höchste Steuerfuß erst bei Vermögen über 400 000 Gulden zur Erhebung kommt. Im übrigen lehnt sich der Entwurf an die bisherigen Berechnungen der Vermögenssteuer an. Es sind nur einige Fragen abweichend geregelt. Schuld- und Vorzuggegenstände sowie Kautionsgegenstände und Sammlungen sollen nicht mehr zum steuerpflichtigen Vermögen gerechnet werden, weil die hier und auch im Deutschen Reich gemachten Erfahrungen gezeigt haben sollen, daß die Arbeiten, die eine ordnungsmäßige Erfassung dieser Gegenstände verursacht, in keinem Verhältnis zu dem finanziellen Ertrage stehen und weil die in der Internationalen verbreitete Neigung, Kapitalanlagen in Verbrauchsgegenstände im weiteren Sinne umzuwandeln (sogenannte „Markt vor der Mark“), für die Steuerpolitik keine Rolle mehr spielt. Der Volkstag dürfte sich mit dieser Vorlage sehr ausführlich beschäftigen.

Sarifkampfs der Werftangeestellten.

Am Freitag fand in der Aula der Petrischule eine überaus stark besuchte Betriebsversammlung der Angestellten der Danziger Werft statt, in der der Ass.-Sekretär Kollege Urbach über den Verlauf der Tarifstreitigkeiten berichtete.

Die Versammlung nahm einstimmig folgende von einem Angestellten vorgeschlagene Entschließung nach der Aussprache an: Die am 16. Januar 1925 in der Aula der Petrischule stattgefundene Betriebsversammlung der Angestellten der Danziger Werft und Eisenbahnbaumerkstätte verurteilt einstimmig den seit Jahresfrist immer härter hervortretenden Herr-im-Haus-Standpunkt der Werftdirektion. Die Werftangeestellten verlangen, daß auch die Arbeitgeber sich dem

er zeigt dabei, wieviel Zeug er doch dazu hätte. Denn das sieht selbst das zwangswise entführte junge Fräulein, aus bestem Hause stammend, ein, für das Elfe Raffner höchstens brauchbare Mittelmaßigkeit gibt und zahlreiche Mängelheiten des Mittelalters ungenutzt läßt. (Die kleine Geria Warz hätte das...)

Prachtvoll aber blüht am Schluß ein aufgedunsener Schutzmantel (Berthold Lehndorff) wilhelminischer Epochen auf. Willibald Dwanowski.

Danziger Stadttheater.

„Tiefenland“.

Soll man rufen: Puccini ist tot — es lebe d'Albert? Nein, wir wollen dem verdorbenen maestro kein Unrecht antun, und dem lebenden Klaviervirtuosen von schlechthin genialem Format nicht mindern. Doch darf die Bemerkung nicht unterdrückt werden, daß diese Partitur des „Tiefenlands“ schon mehrfach veraltet und heute noch unweiblicher, kitschiger und erborgter erscheint als je zuvor. Sie lebt von relativ wenigen und dürftigen Einfällen. Reizt krasse Effekte und ständliches Geschwätz hart nebeneinander (im Parenthese: Puccini's und d'Albert's Süßigkeit — das ist wie süßiger Eidweiss und unständliches Funderwasser!), verfaßt vollkommen an entsetzlichen inneren dramatischen Höhenlinien. Bedenklich ist d'Albert's Musik schlecht verdauter Wagner, immerhin ist es hübsch, wenn man bei der Himmelmelodie des Porziels in den Gefühlschwüngen die traurige Weise von Karels Feld aus dem Triton rumoren fühlt... (Mehrfach kann man vor dem Textbuch jenseits Respekt empfinden!) Im ganzen stimmt es schon mit dem Titel „Tiefenland“ wirklich...)

Otto Selberg sah wieder am Fuße und ließ der Oper seine besten Kräfte. Er war gestern vorzüglich disponiert, seine Tempi hatten Schwung und Intensität, die Forderungen wurden kräftig und unumwunden (wie es hier erforderlich ist) herausgearbeitet. Man mußte von neuem zugeben — was nie bestritten wurde — daß Selberg unter Umständen Proben einer eminenten Begabung an den Tag zu legen imstande ist. Das Orchester war unbefriedigend die beste Leistung des Abends. Die Partita ist unbedingt Sache der Operndramatiker — das sie es auch in diesem Jahre bei uns nicht sein kann, ist Fehler des Engagements. Warum wurde denn wohl Franz Bielecki entlassen, wenn Sel. Samietz ist, was sie konnte, doch erzwangte ihr für die Partie stumm-

gehenden Arbeitsrecht in Danzig unterwerfen, und bedauern im Interesse einer fortschrittlichen Entwicklung der Danziger Wirtschaft, daß trotz Vergleichsverhandlungen durch die Gewerkschaften die Direktion die Klage gegen die Angestellten-gewerkschaften wegen des verbindlich erklärten Tarifvertrages für die Angestellten in Vertretung der sozialpolitischen Aufgaben angestrengt hat. Die Angestellten erklären, daß sie die kollektive Regelung des Arbeitsverhältnisses durch die Gewerkschaften als Tarifkontrahenten nach wie vor fordern und sich für diese Regelung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln einsetzen werden.

Mit Entrüstung nimmt die Angestelltenchaft davon Kenntnis, daß der Demobilisierungskommissar, Herr Oberregierungsrat Dr. Alter, die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 25. November 1924, welcher den Tarifvertrag für die Werftangeestellten bis zum 30. September 1925 verlängerte, unter unzulänglicher Begründung ablehnte und damit den Angestellten den Schutz des kollektiven Arbeitsvertrages gegenüber der Werftleitung nahm.

Die beteiligten Angestellten-gewerkschaften werden von den kaufmännischen Angestellten, Werkmeistern und Technikern der Danziger Werft beauftragt, trotz der von der Werftdirektion erfolgten Ablehnung der Gehaltssteigerung nochmals mit der Werftleitung zu verhandeln und die Direktion zu ermahnen, die Gehälter entsprechend der Steigerung der Lebenshaltungskosten seit Februar 1924 zu erhöhen. Ferner werden die Arbeitnehmervertreter im Volkstage gebeten, unverzüglich eine andere Befragung des Demobilisierungskommissars herbeizuführen.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Dienstag, den 20. Januar, abends 7 Uhr, im Saale des Bildungsvereinshauses, Hintersasse 16.

Frauenversammlung

Genossin Müller wird sprechen über:

Die Frau in der Familie.

Zu dieser Versammlung sind eingeladen die Frauen, welche selbst Mitglieder der Partei sind, sowie die Frauen der Parteigenossen. Auch Frauen durch Mitglieder eingeführte Gäste daran teilnehmen.

Nach dem Vortrag an anschließender Aussprache soll ein Ständchen zwanglos, gemächlichen Beisammenseins unserer Frauen Gelegenheit geben, sich näher kennen zu lernen.

Meineid und Vergehen gegen § 175.

Wegen Meineids in wiederholtem Fall und im Zusammenhang mit Vergehen gegen den § 175 des St.-G.-B. hatte sich Sonnabend der Kaufmann Walter H. aus Langfuhr vor dem Schwurgericht zu verantworten. Die Verhandlung, zu der 28 Zeugen geladen waren, fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Angeklagte hatte vor dem Schwurgericht und in einer Verhandlung vor der Berufungskammer gelegentlich einer Verhandlung wegen Diebstahls gegen einen „Freund“ seine anormalen Neigungen eblisch in Abrede gestellt. Es entstand sehr bald der Verdacht, daß er damit einen Meineid geleistet habe, worauf er in Haft genommen wurde.

Die Verhandlung vor dem Schwurgericht brachte die Geschworenen zu der Ueberzeugung, daß H. im Sinne der Anklage schuldig gemacht hatte, worauf er unter Berücksichtigung des ärztlichen festgestellten Zustandes nicht gelisteter Volkswertigkeit zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde. Die Befürwortung eines Gnadengesuches wurde abgelehnt.

„Ein Vogel kam geflogen...“ Die „Führer der polnischen Minderheit in Danzig“, Dr. Kubacki, Dr. Paneccki und Zygmunt sollen den Orden der Wiedergeburt Polens verliehen erhalten haben. Darauf ist, da eine Annahme von Orden nach der Verfassung verboten ist, eine kleine Anfrage an den Senat gestellt worden. Dieser teilt jetzt darauf mit, daß er nicht weiß, ob die genannten Personen die Orden angenommen haben. Gäßen sie es getan, so würden sie mit der Annahme der Orden gegen Artikel 73 der Verfassung verstoßen haben. Ein Einsprechen des Senats sei bei dem bestehenden Rechtszustand jedoch nicht möglich, da der Artikel eine sog. lex imperfecta darstelle, d. h. eine Vorschrift, die zwar ein Verbot enthält, die Uebertretung des Verbots aber nicht unter Strafe stellt.

Nach der Höhe und darstellerisch die überzeugende Leidenschaftlichkeit; sie sang zuviel auf die Zehenspitzen und war im Grunde ansehnlich, zu wenig gehobelt und ansprechendes Weib. Dafür gabarde sie Herr Dreiser dermaßen ungestüm, daß einem Angst und Bange werden konnte (dabei erkaunlich, wie rasch er sich abwürgen ließ). Sein Darsteller war wieder sehr dick und unfrei. Den Pedro hatte Herr Schwarz in letzter Stunde übernommen, und er erledigte ihn mit der gelanglichsten Solistik und musikalischen Sicherheit, die wir an diesem Künstler immer mehr zu schätzen beginnen. Der Tomaso des Herrn Schütz sah urkomisch aus (grünlich-weißes Gesicht mit jugendlich gesunden roten Ohrmuscheln), während die drei Mädchen sich hauptsächlich läbig benahmten. Hübsch und angemessen die Nuri von Fr. Ruhn. Der Chor neigte im ersten Akt zur Uneinigkeit. R. R.

Konzert des Männergesangsvereins.

Gestern vormittag veranstaltete der Danziger Männergesangsverein im Schützenhaus eine Wiederholung seines kürzlich erfolgreich festgehaltenen Niederabends. Auch diesmal bewies der Chor unter seinem Dirigenten Paul Stange die musikalisch exakte, tonlich schöne und vorzüglich gut durchgeführte Schwingung, die sich oft bewährt hat. Die Tendenz war die Hülle erkennen durch ihre kräftigen und süßigen Organe, die sich im Aufbau einer Komposition zu einer langvollen, kräftig schwingenden Einheit zusammenzuschließen. Intimere Momente — besonders überaus feiner Refrain — werden mit Delikatesse und unaufdringlicher Eigentümlichkeit gegeben. Zu beachtenden bleiben zwischen unermittelte, allzu robuste fortissimi, die einer feineren, weicher ausströmenden Steigerung entbehren. Aus dem Programm seien vor allem die beiden Madrigale hervorgehoben, die in jeder Ursprünglichkeit und in echter Liedreife gerieten. Letztere Märia vom Stadttheater, Fr. Kieffel, war als Solist gewonnen worden, und man hatte Gelegenheit, von neuem zu konstatieren, daß ihre Stimme zwar nicht sehr umfangreich ist und auch für eine Altistin einen durchaus hervorragenden Timbre anweist, daß sie jedoch unverbraucht und sympathisch jugendlich klingt. Fr. Kieffel sang Schubert und Strauss mit treffender Einfühlungsvermögen, wenn sie auch jedoch manchem Stück (z. B. dem nordisch strengen „Auf dem Kirchhof“) nicht gewachsen war. Walter Hauff begleitete mit bemerkenswerter Solistik.

Allen Mitwirkenden wurde aufrichtiger Applaus. R. R.

Fahrplan der Vorortzüge.

Danzig—Joppot
Ab Danzig: 1240, 120, 420 W, 540, 585 W, 545, 605, 630, 650 W, 700 W, 730 W, 745, 810 W, 830, 900 W, 930, 1000, 1040, 1110, 1170, 1215, 130, 110, 120, 210, 240, 310, 335, 350, 410, 440, 510, 530, 620, 680, 645, 745, 740, 820, 840, 910, 940, 1010, 1040, 1110 S, 1140
Ab Joppot: 1240, 220, 420, 505 W, 565, 615 W, 630, 650, 715, 730 W, 780 W, 750 W, 830, 840 W, 910, 935 W, 1010, 1040, 1120, 1140, 1230, 100, 135, 200, 215, 265, 315, 340, 410, 430, 480, 520, 530, 610, 640, 720, 720, 745, 820, 840, 910, 940, 1010, 1040, 1110 S, 1140
Danzig—Langfuhr
Ab Danzig: 1340 W, 120 W, 205 W, 305 W
Ab Langfuhr: 105 W, 145 W, 245 W, 345 W
Danzig—Neufahrwasser
Ab Danzig: 120 T, 522 W, 545, 625 W, 655, 735 W, 835, 935, 1130, 1215, 115, 210, 240, 315, 345, 445, 545, 645, 745, 845, 945, 1045, 1130
Ab Neufahrwasser: 220 T, 450, 522 W, 615, 635 W, 735, 805 W, 905, 1005, 1204, 1245, 145, 240, 310, 345, 415, 515, 615, 715, 815, 915, 1015, 1130
Danzig—Prauß
Ab Danzig: 417, 445 W, 515, 535 W, 605, 655 W, 835, 920, 1000, 1215, 105, 145, 205, 307, 410, 530, 625, 682 T, 940, 1020 T
Ab Prauß: 422, 512 W, 615 W, 715, 735 W, 812, 910, 1025, 1107, 1248, 230, 337, 439, 447, 525, 629, 729, 812, 926 T, 1130 T

Die Krankenkassenwahl in Neuteich.

Ein neuer Erfolg der freien Gewerkschaften.

Bei der Ausschuhwahl für die Ortskrankenkasse in Neuteich haben die freien Gewerkschaften, wie aus dem jetzt festgestellten Ergebnis hervorgeht, wieder einen Sieg an ihre Fahnen heften können. Das Ergebnis war folgendes: Liste der freien Gewerkschaften 584 Stimmen. Liste der Angestellten und sonstigen bürgerlichen Berufe (Gelbe) 138 Stimmen. Liste des Kasernenvorstandes 33 Stimmen; insgesamt 705 Stimmen. Es sind danach geählt: Freie Gewerkschaften 10 Vertreter, Angestellte 2 Vertreter, und Kasernenvorstand kein Vertreter. Von der Liste der freien Gewerkschaften sind die zehn gewählten Vertreter folgende Kollegen: Großmann, Willh., Köpfer, Ziegenhof, Sauer, Rudolf, Maurer, Neuteich, Stufowski, Johann, Bauhilfsarbeiter, Schwabe, Krippke, Johann, Kleinbäcker, Ziegenhof, Dreier, Heinrich, Zimmerer, Ziegenhof, Fischer, August, Maurer, Neuteich, Weikel, Johann, Kleinbäcker, Pichau, Wehler, Alfred, Angestellter, Neuteich, Lendowski, Jakob, Zimmerer, Neuteich, Senkel, Wilhelm, Kleinbäcker, Ziegenhof.

Die Arbeiterschaft des Großen Werders hat erneut kund getan, daß sie auf dem Posten ist, wenn es gilt, die sozialen Rechte zu verteidigen.

Die Fraktion der freien Gewerkschaften wird nach diesem Ergebnis im neuen Ausschuh die Mehrheit haben, obwohl die demokrationale Partei sehr eifrig bemüht war, durch Auffstellung der Gelben Liste usw. zusammen mit den Vertretern der Arbeitgeber unbedingt eine Mehrheit zu erreichen. Sie sind doch eben gescheitert.

Zuschuh für die konfessionellen Krankenhäuser. Der Stadtbürgermeister hat noch ein Antrag unterbreitet worden, nach dem das Marienkrankenhaus und das Diakonissenkrankenhaus einen einmütigen Zuschuh von je 30 000 Gulden erhalten sollen.

Aus der Elektrizitätswirtschaftsstelle ist der Oberingenieur Wodnicki ausgeschieden. Er war von der Deutschsozialen Fraktion vorgeschlagen, diese hat jetzt den Abgeordneten Herrmann zur Wahl in Vorschlag gebracht.

„Hoher Besuch“. Die beiden bekannten Hamburger Originale Jan und Hein sind auf ihrer Tournee auch in unserer alten Stadt Danzig eingetroffen. Sie haben sich im Vindenskabarett niedergelassen. Bollermann (Willuhst) und Theodor, die bekannten Danziger Typen, bereiten ihren Hamburger Kollegen gestern mittag in Gemeinshaft mit der Direktion des Vindenskabarets vor dem Artushof einen gegemeinden Empfang. Der „feierliche Akt“ ging in humoristischer Weise vor sich und fand bei den Passanten fröhliche Anteilnahme.

Das Hinabrutschen auf dem Treppengeländer hat gestern in einem Danziger Kaufhaus zu einem Unfall geführt, der leicht schlimmere Folgen hätte haben können. Der 12 Jahre alte Schüler Hans Krause, Holtensgaue 7, rutschte das Treppengeländer der 3. Etage hinab und stürzte dabei ab. Er wurde mit einer Gehirnerschütterung und verschiedenen Quetschungen ins Krankenhaus gebracht.

Im Deutschen Heimatbunde spricht am Donnerstagabend Herr Rektor Hans Schütz über „Heinrich Schönbrenner“, den Vater der ländlichen Wohlfahrts- und Heimatpflege. Der Vortrag wird ein Lebensbild dieses Mannes entrollen und über Art, Zweck und Ziele seiner ländlichen Wohlfahrts- und Heimatpflege Aufklärung geben. Auch das dichterische Schaffen Schönbrenners soll geklärt und einiges aus seinen Werken vorgelesen werden. Alles Nähere ist aus dem heutigen Anzeigentell ersichtlich.

Joppot. Fußballwettspiel. G. Kern nachmittag 2 Uhr fanden sich in einem Gesellschaftsspiel J. S. W. 1 und eine Auswahlmannschaft der Danziger Hochschule auf dem großen Rangplatz gegenüber. Die Hochschulmannschaft ging von Anfang an schwach vor, so daß Joppot sich fast durchweg in Verteidigung befand. Das Tor der Joppoter war ständig hart bedrängt. Ein zeitweiliges hartes Vorstoßen der Joppoter vermochte aber an dem Ergebnis nichts zu ändern. Die Hochschulmannschaft regiert dabei mit 4:1.

Danziger Standesamt vom 17. Januar 1925.

Todesfälle: Tochter des Oeringenieurs Richard Reyer 17 J. — Kaufmann Jakob Gads 30 J. 1 M. — Arbeiter Heinrich Pahlke 60 J. 10 M. — Witwe Auguste Woschke geb. Bralopp, 77 J. 1 M. — Witwe Elisabeth Maenger, geb. Kühn, 82 J.

Wöchentliche Börsen-Notierungen.

Danzig, 17. 1. 25

1 Reichsmark 1,25 Danziger Gulden
1 Pfund 1,02 Danziger Gulden
1 Dollar 5,26 Danziger Gulden
Scheck London 25,20 Danziger Gulden
Berlin, 17. 1. 25

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 20,0 Billionen Mk.

Danziger Produktbörse vom 17. Januar. (Nichtamtlich.) Weizen 128—130 Sfd. 16,50—17,00 G., 118—122 Sfd. 14,60—16,00 G., Roggen 116—118 Sfd. 15,00—15,40 G., Gerste feine 13,00—14,00 G., geringe 12,00—12,90 G., Hafer 10,25 bis 11,50 G., H. Erbsen 10,00—12,50 G., Siftrogerbisen 14,00—18,00 Gulden. (Großhandelspreise per 50 Kilogramm magerfrei Danzig.)

Kleine Nachrichten

Vom Meere zurückgegeben. Der Orkan auf der Nordsee hat jetzt die Ueberreste des im Jahre 1807 gestrandeten englischen Kriegsschiffes „Defence“ an den Strand geworfen. Bei Hjørring fand man, wie aus Kopenhagen gemeldet wird, Kanonenstücke und Seemannsstiefel und die Ueberreste von mehreren Rettungsbooten. Bei der Katastrophe im Jahre 1807 faem 300 englische Matrosen ums Leben.

Deutscher Marinebesuch in Mexiko. Das deutsche Kriegsschiff „Berlin“ ist im Hafen von Veracruz eingetroffen. Die Offiziere und Kadetten, die von einem Regierungsvorsteher auf das freundlichste empfangen wurden, begaben sich nach der Stadt Mexiko, wo sie der deutsche Gesandte und Vertreter der mexikanischen Zoll- und Militärbehörden am Bahnhof erwarteten. Eine große Volksmenge bereitete den Deutschen einen begeisterten Empfang. Die deutschen Offiziere werden dem Präsidenten Calles, der vor kurzem in Deutschland weilte, ihre Aufwartung machen.

Die deutsch-litauische Konferenz in Königsberg ist beendet. Es ist eine Einigung über das von Deutschland für das Memelgebiet abzutretende rollende Eisenbahnmaterial erzielt. Die Uebergabe an Litauen beginnt 14 Tage nach der Ratifizierung.

Die Mutter Chaplins darf nicht in Amerika bleiben. Die amerikanische Einwanderungsbehörde hat den Bescheid getroffen, daß die alte leitende Mutter des bekannten Kinematographen Charlie Chaplins, die er vor zwei Jahren aus

England mitbrachte, nicht in den Vereinigten Staaten bleiben darf. Die Mütter weisen darauf hin, daß diese Entscheidung getroffen wurde, ungeachtet der Versicherungen Chaplins, daß seine Mutter niemals der Öffentlichkeit zur Last fallen würde.

Neue Kirchenprozesse in Dänemark. Nachdem in Kiew 15 Klostergeistliche dem Sowjetgericht übergeben worden sind, hat nunmehr auch gegen fast die gesamte Geistlichkeit der Stadt und des Kreises Minsk in Weißrußland ein Prozeß begonnen. Die angeklagt sind, zahlreiche Kirchenschätze der Konfiskation durch die Sowjetregierung entzogen zu haben. Zu den Angeklagten gehört der Metropolit Melchisedek.

Wie man in Holland Schauspieler ehrt. Der Amsterdamer Gemeinderat beschloß dem auch in Deutschland bekannten Schauspieler Louis Bouwmeester, der jetzt 82 Jahre alt ist, eine jährliche Rente von 4000 Gulden zu zahlen. Außerdem wird auch die Regierung Bouwmeester eine Reichssubvention bewilligen.

Ein geheimnisvoller Silberfund. Ein merkwürdiger Fund kostbarer Gemälde, unter denen sich zwei echte Werke von Murillo und ein Velasquez befinden sollen, ist zu Windsor in Ontario, Kanada, gemacht worden. Die amerikanische Blätter melden, entdeckte man diese Bilder in ziemlich schlechtem Zustande, aus dem Rahmen genommen, in einem Garde, das ein Deutscher bewohnen soll. Die englische und französische Polizei, die sich bereits mit dem Funde beschäftigt, glauben, daß es sich um einen Diebstahl handelt. Aber es ist schwer glaublich, daß so hervorragende Werke — wenn sie wirklich echt sein sollten — verschwinden können, ohne daß es bemerkt wird.

„Gefahr“ in London. „Sunday Express“ zufolge wird von maßgebender sachkundiger Stelle erklärt: Die große Gruppe der St. Paul-Kathedrale in London werde innerhalb 20 Jahren einstürzen, wenn nicht unverzüglich weitgehende Reparaturen vorgenommen werden, deren Kosten zwei Millionen Pfund betragen würden.

Zement aus Aufkerschalen. In Kalifornien wird zurzeit eine Fabrik der Portland Cement Co. gebaut, die ihr Rohmaterial vom Meeresstrand heranholt. Dieses ungewöhnliche Verfahren wird dadurch möglich, daß der Boden der Meeresbucht südlich von San Francisco aus einer ungeheuren Menge von Schalen von Aufkern und vielleicht auch anderen Muscheln besteht, deren Zwischenräume durch einen sandähnlichen Ton ausgefüllt sind. Hierzu braucht dann nur noch etwas Gips zugefügt werden. Die Masse kann durch ein Saugrohr auf an die Oberfläche gefördert werden.

Die Neapeler Universität geschlossen. Infolge der in der letzten Zeit sich häufenden Zusammenstöße zwischen Faschisten und Nichtfaschisten in der Räumern der Universität in Neapel hat der akademische Senat beschlossen, die Universität bis auf weiteres zu schließen.

Bau eines neuen Hafens in Helsingör. Die Stadtverordnetenversammlung in Helsingör nahm den Vorschlag des Magistrats zum Bau eines neuen Hafens in Helsingör an, der etwa 10 Millionen Kronen kosten soll.

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Kroppen sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von F. Gohl & Co. Danzig.

Öffentliche Bekanntmachungen.

Nachdem auf Grund des Befehles betr. die Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen etc. vom 2. Juli 1875 in der durch das Wohnungsgeleß vom 28. März 1918 abgeänderten Fassung der Stadtlinienplan für Neubude, Dammstraße, nun nach Anhörung des Baupolizeiamtes im Einverständnis mit der Verwaltung der Stadtbürgerchaft aufgestellt worden ist, der Plan laut Bekanntmachung vom 5. November 1924 während 4 Wochen offen gelegen hat und Einwendungen gegen ihn nicht erhoben sind, haben wir diesen Plan gem. § 8 des vorbestimmten Befehles förmlich festgesetzt. Der festgesetzte Plan liegt 8 Tage vom Eröffnen dieser Bekanntmachung ab in unserer Hochbauverwaltung, Rathhaus Pfeifferstadt, Zimmer 55, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus. (16237)

Der Senat, Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig.

Öffentliche Steuerermäßigung.

Wer die am 10. Dezember 1924 fällig gewesene Einkommen- und allgemeine Umsatzsteuer, ferner die am 15. 12. 1924 fällig gewesene 1. und 2. Vierteljahressteuer April-September 1924 und die am 15. 1. 1925 fällig gewesene 3. Rate Oktober-Dezember 1924 der Grundwertsteuer und Straßencleaninggebühren, soweit nicht Stundung bewilligt ist, nicht bezahlt hat, hat zurechtensweise Bezahlung zu bewilligen.

Es wird darauf hingewiesen, daß trotz Einlegung von Rechtsmitteln Zahlung zu leisten ist. Bei Zahlung auf bezugslosem Wege oder durch die Post hat die Einzahlung unter genauer Bezeichnung des Betrages und des Steuerzeichens anzugeben zu erfolgen.

Diese Bekanntmachung gilt als Bekanntmachung im Sinne des § 271 des Steuergrundgesetzes vom 11. Dezember 1922.

Bezahlung des einzelnen Steuerfälligen erfolgt nicht.

Sachkundigen mit Ausnahme von Montag werktäglich 8-12 Uhr vorm. Danzig, den 21. Januar 1925. (16236) Stadtkasse und Finanzdirektion.

Deutscher Heimatbund Danzig

Bertrag Rector Haus Schö: „Heinrich Schurey“ mit Beiproben aus seinen Werken

Dienstag, den 22. Januar 1925, abends 8 Uhr im Saal des Stadttheaters, Fährweg 10 Mitglieder frei, Nichtmitglieder 1.- Guld.

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.

heute, Montag, den 19. Januar, abends 7 Uhr: Opernserie I.

Die Frau ohne Kopf

Stückspiel mit Musik in 3 Akten von Richard Kreller. Gesangsreihe von Willi Kolla. Musik von Walter Kolla. In Szene gesetzt von Erich Sterneck. Musikalische Leitung: Karl Bamberg. Inspektion: Oscar Friedrich.

Personen wie bekannt. Ende gegen 9^{1/2} Uhr.

Dienstag, den 20. Januar, abends 7 Uhr. Opernserie II. Keine Gültigkeit. „Fährhühner“. Operette.

Mittwoch, den 21. Januar, nachmittags 2^{1/2} Uhr. „Dorndörfer“.

Mittwoch, 21. Januar, abends 7 Uhr. Opernserie II. „Der alte Himmelsstempel“. Komische Oper in 3 Akten.

Loge Einigkeit, Berggarten 9

Dienstag, den 20. Januar 1925, abends 7^{1/2} Uhr

Vortrags-Abend

Willy Vesper

„Aus eigenen Werken“

Karten zu 3.-, 2.- und 1.- Gulden in der Buchhandlung John & Rosenbergs, Teichbühlweg.

Lichtbilder-Vertrag

Donnerstag, den 22. Januar 1925, abends 7^{1/2} Uhr und Freitag, den 23. Januar 1925, abends 7^{1/2} Uhr in der Aula der Petrischule, Haasplatz

Körperschulung

Der Mensch und die Sonne

Gymnastik: Rhythmusik: Fricke

Über 100 herrliche Lichtbilder (Naturstudien)

Kart. i. Vorverk.: Besatzg. Kohlenmarkt, z. G. I. u. 2.-. Schulen u. Vereine b. Abnahme v. mind. 50 Kart., fern. Mügl. d. Jugendwerks halbe Preise

Jugendwerk

Zusammenkunft der Jugendbewegung in Danzig

Bestohlen

Am Donnerstag, den 15. Januar aus meinem Koffer 14 weiße T-Shirts. Dieselben tragen in allen Ecken den eingewickelten Namenstag J. Dextra. Wer mir zur Wiederbekämpfung verhelfen, erhält 100.- Belohnung.

Café Derra.



ARTUS PALAST

Langgasse 60-61

Baby Peggy

Der weibliche Jackie Coogan

Freitag, den 23. Januar

Mein kleiner Kapitän



Jugendliche haben Zutritt!!!

Sämtliche Maurerarbeiten

werden sauber und billig ausgeführt. Angebote unter V. 1489 an die Exped. der Danziger Volksstimme. (f)

16-Familien-Haus in Strahlen

zu verkaufen. Sechszwanzig Wohngewerke. Offerten unter V. 1490 an die Exped. der Volksstimme. (f)

Telephon-Sauptankplatz

gegen Hypothek abzugeben. Off. mit U. N. 1491 an die Exped. der Volksstimme. (f)

Ein möbliertes helles Vorderzimmer

mit separat. Eing. sofort zu vermieten. Offert. unt. V. 25 an die Exped. der Volksstimme. (f)

Klein., leer. Zimmer

oder einfach möbl. Zimmer, von jungem Ehepaar, Fährweggasse gesucht. Angeb. unter V. 1489 an die Exped. der Volksstimme. (f)

Guter bürgerlicher Privat-Wittingsstisch

(zw. 3-4 Uhr) von Dame gesucht. Angeb. unt. V. 1493 an die Exped. d. Volksstimme. (f)

Ein möbl. Zimmer oder besseres Logis

in Langfuhr zu mieten gesucht. Offerten unter V. 1492 an die Exped. der Volksstimme. (f)

Achtung! Rohrstühle

werden billig eingeflochten, gelehrt und poliert. Hole auch selbst ab. Pferdetränke 9, str. (f)

Krisense

nimmt nach Morgenburchschaft entgegen. Offerten unter V. 1488 an die Exped. der Volksstimme. (f)

Passage-Theater :: Kohlenmarkt 14-16

Ab Dienstag 20. Januar Ab Dienstag

Verbot aufgehoben! Von der Ober-Führungsstelle freigegeben!

Das größte Filmwerk, das je gezeigt wurde!

Deutsche Helden

in schwerer Zeit

Ein Film von Deutschlands Führung und Aufstiehung in 19 Akten

In den Hauptrollen:

Manuel Azzurri, Fritz Dahn, Walter Steinbeck, Hans Peter Petersmann


